

Anrede,

der vorliegende Haushaltsentwurf hat heftige Kritik ausgelöst — Begriffe wie „Kahlschlag“, „Kaputtsparen“ oder gar „Totschlag“ kursieren. Solche Vorwürfe mögen zwar Aufmerksamkeit erzeugen, sie ersetzen aber keine haushaltsstrategische Folgerichtigkeit. Pauschale Beschimpfungen polarisieren, verhindern konstruktive Kompromisse und schaden dem demokratischen Prozess. Wir brauchen keine verbalen Inszenierungen; gefordert ist konkretes und verantwortliches Handeln.

Wer einen Entwurf, dessen klare und konsequente Zielsetzung darin besteht, die Kreisumlage stabil zu halten und die Handlungs- und Zukunftsfähigkeit unseres Landkreises zu erhalten, als „Rasenmähermethode“ pauschal verurteilt und ablehnt, ohne selbst Alternativen vorzuschlagen, hat die dramatische Lage entweder immer noch nicht begriffen oder, was noch schlimmer wäre, blendet sie bewusst aus.

Daher: erst lesen, dann rechnen und dann nachdenken! Dramatisieren vor dem Nachdenken führt nur zu einer weiteren Verschlechterung.

Denn die Zahlen des Haushalts sprechen unmissverständlich und lassen keinen Interpretationsspielraum zu: **Die laufenden Einnahmen reichen nicht aus, um alle bisherigen Maßnahmen, Leistungen und Standards in der gewohnten Form weiter zu finanzieren.**

Diese **Ausgangslage, von niemandem infrage gestellt**, ist Realität und bildet die Grundlage unserer Verantwortung als Kreistag.

Unser Auftrag ist klar und eindeutig: wir sind verpflichtet, den Landkreis Göppingen mit seinen 38 Städten und Gemeinden handlungs- und zukunftsfähig sowie lebenswert zu erhalten.

Die wesentlichen Fakten, unbestritten, unbequem und unerfreulich, aber nicht diskutiert, weil sie meist ignoriert werden, lassen sich in 8 Punkten zusammenfassen:

1. Wir müssen konsolidieren; wir müssen sparen.
Sparhaushalt ist keine ideologische Attacke, sondern Pflicht.
2. 98 % der Sozialausgaben bleiben erhalten! Daher ist es falsch zu behaupten, es würde ausschließlich bei den Ausgaben für die Sozial- und Jugendhilfe gespart. Von „Kaputtsparen“ kann daher keine Rede sein.
3. Kommunen sind bereits stärker belastet. Trotz nominal gleichbleibender Kreisumlage tragen Städte und Gemeinden Mehraufwendungen in Höhe von rund 15 Millionen Euro.
4. Der Landkreis lebt auf Pump! Klare Aussage des Rechnungsprüfungsamts in öffentlicher Sitzung.
Fazit: so darf und kann es nicht weitergehen.
5. Die Ergebnismrücklage ist dramatisch gesunken.
Betrug sie 2022 noch knapp 80 Millionen Euro, wird sie zum Jahresende 2025 je nach Abschluss nur noch 2-3 Millionen Euro betragen.
6. Eine Kreisumlageerhöhung kommt. Stand heute ist mit einer Erhöhung für 2027 um etwa 2,8 Prozentpunkte zu rechnen.
7. Bundesmittel sind zweckgebunden. Aus dem Sondervermögen erhält Baden-Württemberg 13,5 Milliarden Euro; der Landkreis Göppingen profitiert davon mit 53 Millionen Euro — ein kommunalfreundlicher Beitrag, für den wir sehr dankbar sind. Dieses Geld darf jedoch nicht zur Deckung struktureller Defizite verwendet werden.

8. Die Finanzmasse ist aufgebraucht. Der Entwurf ist sehr eng geschnürt, freie Finanzreserven existieren nicht. Angesichts all der Risiken (Defizitabdeckung AFK, Jahresergebnis 2025 ...) wird man schon bald im nächsten Jahr um eine Haushaltssperre nicht herumkommen.

Vor diesem Hintergrund frage ich:

Warum werden diese Fakten nicht deutlich kommuniziert?

Warum werden in Kenntnis dieser Fakten Haushaltsentwurf und Konsenspaket derjenigen, die konstruktiv verhandelt haben, wiederholt pauschal verurteilt, ohne selbst tragfähige Alternativen aufzuzeigen?

Die Antwort liegt auf der Hand:

Weil es bequemer ist, zu kritisieren als zu entscheiden.

Weil es einfacher ist, Schlagworte zu produzieren als Verantwortung zu übernehmen.

Wir stehen jetzt aber an einem Punkt, an dem **Verantwortung statt Rhetorik** gefragt ist – **verantwortungsvolle Konsolidierung statt reflexhafte Ablehnung**.

Zwei in den vielen Gesprächen und Diskussionen immer wieder pauschal vorgetragene Vorschläge möchte ich kurz ansprechen:

- Personalabbau statt Leistungskürzungen

Weniger Personal bei gleichzeitig hohen Leistungen - das ist unrealistisch. Personalabbau muss mit Aufgaben- und Standardreduzierung verknüpft werden, doch dies wird kritisiert und ignoriert.

Die für den Landkreis Tätigen leisten gute Arbeit; dafür schulden wir ihnen Respekt und faire Arbeitsbedingungen.

- Streicht bei den Straßen – investiert lieber in Menschen

Investitionen in Infrastruktur und Menschen sind kein Gegensatz.

Negativmeldungen aus der Wirtschaft, u.a. Standortverlagerung und massiver Stellenabbau, sind beängstigende Alarmsignale und zeigen: wir müssen nicht weniger – nein, wir müssen mehr investieren, um mit dafür zu sorgen, dass Wettbewerbsfähigkeit, Wirtschaftskraft, Arbeitsplätze und Steuerkraft wieder wachsen.

Unser aller Ziel muss sein, **Wirtschaftsstärke zurückgewinnen**.

Landrat Möller hat zu einem Konsensgespräch eingeladen und damit den Weg zu einem neuen, partnerschaftlichen Miteinander geebnet.

Dass ein gemeinsamer Weg durch rote Linien und mangelnde Kompromissbereitschaft erschwert wurde, dafür haben wir kein Verständnis.

Dennoch haben CDU, Freie Wähler und FDP, die Gespräche fortgeführt und nach intensiven Beratungen und Diskussionen ein Konsenspaket erarbeitet, dem der Verwaltungsausschuss mehrheitlich zugestimmt hat.

An SPD und Grüne richte ich den Appell: Beteiligen Sie sich an den Konsensgesprächen, die im kommenden Jahr fortgesetzt werden müssen. Bringen Sie sich konstruktiv ein, statt sich weiter zu verweigern.

Wir brauchen gemeinsame Lösungen und keine Blockaden!

Wir haben eine **gemeinsame Verantwortung: Wir brauchen Mut zum Konsolidieren, Bereitschaft zum Reformieren und Entschlossenheit zum Gestalten.**

AfD, SPD und Grüne haben heute Änderungsanträge vorgelegt, die Hoffnungen und Erwartungen hervorrufen, die jedoch nur kurzfristig sein können, weil die Finanzierung nicht dauerhaft gesichert ist.

Die Pakete der drei Fraktionen haben nicht nur inhaltliche Gemeinsamkeiten, sie sind alle auch nicht frankiert.

Dass man bei der Datenbasis die Pakete mit Interim oder Überbrückung beschriftet, ist nicht nachvollziehbar.

Die durchsichtige Aufschrift des AfD-Paketes sagt alles: Populismus.

Wir haben keine freie Finanzmasse mehr, die Kreisumlage wird deutlich steigen, weitere Schulden dürfen wir nicht machen – und trotzdem beantragen AfD, SPD und Grüne, Mehrausgaben ohne Gegenfinanzierung!

Diese Pakete würden die Situation nicht verbessern, sondern wesentlich verschärfen.

SPD und Grüne bleiben die Antwort auf die Frage „Wie soll das gehen?“ schuldig.

Teilweise wird hinter vorgehaltener Hand von einer Erhöhung der Kreisumlage gesprochen.

Warum haben Sie dann nicht den Mut, eine Erhöhung der Kreisumlage zu beantragen, um die Mehrkosten, die durch Ihre Anträge entstehen, zu finanzieren?

Ein besonders bemerkenswertes Beispiel ist ein Antrag der SPD, über den heute gar nicht abgestimmt wird.

Der Verwaltungsausschuss hat mit den Stimmen der SPD einem Konsensantrag von CDU, Freien Wählern und FDP zugestimmt, die Schulsozialarbeit an beruflichen Schulen und SBBZ in vollem Umfang zu erhalten.

Warum die SPD jetzt die Rücknahme der Zustimmung und zugleich die vollständige Wiederaufnahme der Maßnahme beantragt hat, das verwundert doch sehr – und lässt fragen: wissen die Antragsteller, was sie tun?

Die Entscheidungen, die wir treffen mussten, sind den Kreisrätinnen und Kreisräten der CDU, der Freien Wählern und der FDP nicht leichtgefallen. Sie bewegen uns; sie lassen uns nicht kalt. Das Aussitzen von Problemen oder das Verschieben notwendiger Entscheidungen entspricht nicht unserer Haltung. Kurs und Zielsetzung, so wie vom Landrat vorgeschlagen, entsprechen unserer Überzeugung – sie sind richtig, weil notwendig, zielführend und verantwortbar.

Trotz aller lokalen und globalen Probleme, trotz Krisen und finanzieller Nöte gehen wir mutig und zuversichtlich in das Jahr 2026: offen für konstruktive Ideen, empfänglich für sachliche Kritik und bereit, trotz der schwierigen Ausgangssituation partnerschaftlich das Beste für die Menschen, die Kommunen und unseren Landkreis zu erreichen. Unser Anspruch bleibt: Ein schöner und lebenswerter Landkreis Göppingen – heute und auch in Zukunft.

Namens der CDU danke ich **allen**, die sich im und für den Landkreis engagieren: in den Städten und Gemeinden, in den Betrieben, in den Vereinen, Verbänden und Organisationen, in den (Hoch)Schulen, im Ehrenamt ... überall im und außerhalb des Landkreises.

Ihre Arbeit hält unseren Landkreis lebendig.

Namentlich danke ich Ihnen, Herr Landrat Möller, Ihnen, Herr Erster Landesbeamter Heinz, Ihnen, Herr Kreiskämmerer Haas, Ihnen, Herr Sozialdezernent Lehnert, sowie Ihnen, Herr Gottwald.

In diesen Dank der CDU beziehe ich auch alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Landratsamtes, seiner Dienststellen, des Alb-Fils-Klinikums, des Gesundheitsamtes, der Schulen und des AWB ein.

Unser Dank gilt auch den Kolleginnen und Kollegen der Freien Wähler und der FDP für das zielgerichtete Erarbeiten des Konsenspaketes.

Ganz herzlich danke ich meiner Fraktion – sie ist für mich einfach GP: großartig und pflichtbewusst.

Ihnen allen hier im Saal, hier im Haus und im ganzen Landkreis wünsche ich frohe, besinnliche und schöne Weihnachten, Zuversicht und Kraft für 2026 sowie alles Gute, vor allem Frieden und Gesundheit.

Wolfgang Rapp

12. Dezember 2025